

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Das Wort für die Grünen hat der Herr Abgeordnete Otto. – Bitte schön!

Andreas Otto (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch der Kollege Dr. Arndt konnte uns nicht erklären, warum es einen Tag, nachdem am 11. Dezember eine Senatsvorlage eingebracht wurde, am 12. Dezember plötzlich einen Antrag der Koalition eben musste. Wir haben gemutmaß, ob das eine Kritik an dem Senatsbeschluss sein sollte

[Uwe Doering (Linksfraktion): Gute Frage!]

oder ob es eine Aufweichung des Senatsbeschlusses darstellt. Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen! Was ist der Gehalt Ihres Antrages, Ihres Vorstoßes, und warum greift er doch etwas zu kurz? – Der Gesellschaftervertrag des Liegenschaftsfonds nannte als Zweckbestimmung die am Grundstücksbestand und Grundstücksmarkt sowie an wirtschafts-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen orientierte Verwertung der Grundstücke des Landes Berlin. Wer das geschrieben hat, der hatte offenbar strukturpolitische Aspekte im Sinn. Aber leider kamen stadtentwicklungspolitische oder gar wohnungspolitische Ziele in der Politik des Liegenschaftsfonds bisher fast gar nicht vor.

[Dr. Michael Arndt (SPD): Sehen Sie!]

Das ist das Problem. Sie wollen das ändern, und das begrüßen wir. Die Grundstücksverkaufspolitik des Landes Berlin darf nicht ausschließlich unter kurzfristigen finanziellen Aspekten betrachtet werden. Genau das ist aber in den allermeisten Fällen bisher geschehen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ach! Haben Sie einen Antrag?]

Jeder kennt Beispiele, wo stadtentwicklungspolitische Vorhaben nicht zum Zuge kamen. Ich will nur eines nennen: Schauen Sie sich das Kinderkrankenhaus Weißensee in der Hansastrasse an! Das ist heute eine Ruine, nachdem der Liegenschaftsfonds ein sinnvolles Wohn- und Arbeitsprojekt dort nicht zum Zuge kommen ließ, sondern das Grundstück meistbietend an einen Investor verkauft hat, der vorgab, dort ein Institut errichten zu wollen. Das sind heute Ruinen, und der Schaden ist viel größer als das, was man eingenommen hat.

[Beifall bei den Grünen – Beifall von Dr. Michael Arndt (SPD)]

Und solche Dinge gibt es viele. Die Zusammenarbeit des Liegenschaftsfonds mit den Bezirken ist so organisiert, dass im Zweifelsfall die Bezirke überstimmt werden. Das ist ein Strukturfehler. Sie haben gesagt, die Bezirke sollten mitarbeiten dürfen. Sie können aber nur mitarbeiten, wenn sie eine Stimme haben, die auch Gewicht hat. Wenn der Liegenschaftsfonds die Bezirksvertreter in einer zweiten Sitzung einfach überstimmt, dann funktioniert das nicht, denn das sind die, die wissen, was vor Ort erforderlich und vielleicht auch in Zukunft an Gebäuden und Grundstücken notwendig ist.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ja, genau, darum geht es!]

Sie sprechen ausschließlich vom Wohnungswesen. Sie sprechen davon, Baugruppen und Genossenschaften stärker in die Bebauung von Grundstücken in der Innenstadt einzubeziehen. Das ist zweifellos richtig. Aber Sie vergessen, dass Nachverdichtung auch Infrastruktur braucht. Sie vergessen, dass – wie wir es beim Bevölkerungswandel in verschiedenen Bezirken erleben – plötzlich Situationen eintreten, wo ganze Schulen fehlen. Es fehlen Kindergärten in bestimmten Regionen der Stadt. Es fehlen nicht nur die Gebäude – das wäre nicht so schlimm –, es gibt auch keine Grundstücke, es gibt keine Reserven. Berlin hat in

bestimmten Bereichen – gerade im Zentrum – durch den Ausverkauf an Grundstücken mit einem kurzfristigen finanziellen Erfolg einen Stand erreicht, dass ein Schulgebäude gar nicht errichtet werden kann, weil kein Grundstück da ist. Das haben wir in Mitte und Prenzlauer Berg. Das sind die Probleme. Dazu steht in Ihrem Antrag überhaupt nichts.

[Beifall bei den Grünen]

Ein anderes Problem in diesem Zusammenhang ist die Zwischennutzung. Ein Bezirk ist schlecht beraten, wenn er ein Schulgebäude zwischennutzt oder an einen Verein oder an Projekte übergibt, weil er – solange das Gebäude in seinem Finanzvermögen ist – durch die Kosten- und Leistungsrechnung enorme Nachteile erleidet. Das ist ein Webfehler in der Kosten- und Leistungsrechnung. Dazu habe ich hier nichts Neues, wir haben nichts Positives gehört.

[Beifall bei den Grünen]

Der Senat hat uns an anderer Stelle – da ging es um das Atelierprogramm – in einer roten Nummer sehr eindrucksvoll demonstriert, wie es um sein Flächenmanagement steht. Ich zitiere: Unverändert gehen geeignete Liegenschaften von den Bezirken direkt in den Liegenschaftsfonds und werden dort zum Verkauf angeboten. Instrumente für das in der Koalitionsvereinbarung geforderte aktive Flächenmanagement stehen für die Schaffung von Ateliers bisher nicht zur Verfügung. Die Erschließung geeigneter landeseigener Immobilien erfolgt stets auf der Grundlage persönlicher Kontakte. Das ist die Grundstückspolitik des Senats und des Liegenschaftsfonds. Und das muss geändert werden. Dazu müssen wir an dieser oder an anderen Vorlagen noch ganz schön arbeiten. – Danke!

[Beifall bei den Grünen – Beifall von Oliver Scholz (CDU)]